



## MEDIENMITTEILUNG

### Teilrevision des aargauischen Steuergesetzes

## Die Stiftung fordert weitergehende Entlastungen

Aarau, 12. November 2010. **Entgegen den Warnungen der linken Parteien sind dank der letzten Steuergesetzrevision, welche schon gezielte Entlastungen brachte, die Steuereinnahmen für den Kanton und die Gemeinden teilweise markant gewachsen. Eine solide liberale Finanzpolitik – keine Verschuldung, massvolle Steuerbelastung – nützt allen. Der Aargau hat am meisten Unternehmenszuzüge aller Kantone seit 2006 zu verzeichnen. Zudem wächst die Einwohnerzahl des Aargaus mitunter am stärksten in der ganzen Schweiz. Die umliegenden Kantone haben indes nicht geschlafen und die Steuerbelastungen gesenkt. Der Aargau muss daher einen mutigen Schritt vorwärts machen, um als Wohn- und Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig zu bleiben. Die Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft fordert daher eine weitergehende Entlastung der mittleren und hohen Einkommen und der Vermögen. Damit der Aargau nicht an Terrain einbüsst, fordert die Stiftung zusätzliche Entlastungen bei den Juristischen Personen. Bekanntlich gehen andere Kantone – so etwa Luzern – voran. Zur Vermeidung von allfälligen Defiziten hat sich der Staat auf die Kernaufgaben zu beschränken und das Ausgabenwachstum einzudämmen.**

Der Kanton Aargau hat dank der letzten Steuergesetzrevision in der jüngst erschienenen CS-Studie den 3. Rang eingenommen. Es ist aber daran zu erinnern, dass seinerzeit die Regierung nicht annähernd genügend entlasten wollte. Sie war zu zaghaft. Das Parlament hat richtig und weitsichtig korrigiert. Auch bei der vorliegenden Revision geht der Vorschlag der Regierung sowohl bei den Einkommen als auch bei den Vermögen zu wenig weit.

### Weitergehende Entlastungen notwendig

Die Stiftung fordert eine weitergehende Entlastung der mittleren und hohen Einkommen und verweist auf die tiefere Steuerbelastung des Einkommens umliegender Kantone (Zürich, Luzern ab 2011). Dadurch kann der Aargau unter steuerlichen Gesichtspunkten ein interessanter Wohnort werden. Die Entlastung sollte wie folgt sein:

- steuerbares Einkommen von CHF 40'000.- bis 80'000.- (alleinstehend) bzw. CHF 80'000.- bis 160'000.- (verheiratet) um rund 10 bis 12 Prozent;
- steuerbares Einkommen bis CHF 120'000.- (alleinstehend) bzw. 240'000.- (verheiratet) um 8 Prozent;
- bei höheren steuerbaren Einkommen um 5 Prozent.

Im interkantonalen Vergleich besteuert der Kanton Aargau auch die Vermögen relativ hoch. Dieser Standortnachteil muss korrigiert werden. Der Vorschlag der Regierung entlastet indes deutlich zu gering. Die Stiftung fordert die Halbierung der Vermögenssteuern.

Damit der Aargau nicht an Terrain einbüsst, fordert die Stiftung zusätzliche Entlastungen bei den Juristischen Personen. Bekanntlich gehen andere Kantone – so etwa Luzern – voran. Luzern senkt 2010 die Unternehmenssteuern um 25 % und 2012 um 50 %.

### **Keine zusätzliche Kompetenzen der Steuerämter und keine gläserne Bürger**

Die Stiftung befürwortet den Wechsel zum jährlichen Ausgleich der kalten Progression beim Einkommens- und Vermögenssteuertarif sowie den Sozialabzügen und dem Sparzinsen- und Versicherungsprämienabzug. Sie befürwortet auch einen grundsätzlichen Wechsel, wonach die Verrechnungssteuerguthaben anstelle der Barauszahlung an die offenen Steuerforderungen angerechnet werden. Die Anrechnung würde als Vorauszahlung anerkannt und ab 30 Tagen nach dem Eingang der ausgefüllten Steuererklärung mit dem Vergütungszins honoriert.

Die Stiftung lehnt Vorgaben des Kantons zu den Steuerämtern ab. Die Gemeinden sollen selber festlegen können, welche fachlichen Voraussetzungen sie an einen Gemeindevorsteher stellen. An einer guten Qualifikation dürften sie ohnehin ein eigenes Interesse haben. Vorgaben des Kantons blähen die Administration auf und schaffen eine neue Bürokratie. Denn Vorgaben müssen schliesslich auch kontrolliert werden. Entschieden lehnt die Stiftung auch das direkte Zustellen der Lohnausweise an die Steuerämter ab. Derartige Automatismen öffnen Tor und Tür für den Datenaustausch. Am Ende der Entwicklung steht der gläserne Bürger. Dieser Trend ist strikte zu bekämpfen.

### **Weitere Auskunft:**

*Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates, Tel. 079 662 63 07*